

Claus (PDS):

Ich komme dadurch nur in die Situation, dem Haus hier Wiederholungen anzubieten, die ich uns gern erspart hätte.

Meine Frage geht dorthin: Arbeitslosigkeit ist für viele Bürger unseres Landes längst kein angstmachendes Phantom mehr, sondern Realität, gewiß vor allem infolge der früheren ineffizienten Wirtschaftspolitik. Angesichts der realen Sorge vieler Bürger, die nicht nur das finanzielle Problem berührt, möchte ich Sie fragen, und nun im Geschäftsbereich verbleiben, welche Vorstellungen haben Sie, um die Kompetenz und das Leistungsvermögen der Arbeitsämter zu erhöhen?

Frau Dr. Hildebrandt, Minister für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Problem ist allgemein bekannt. Sie haben es vor Ort erlebt. Was machen wir? Schlagwortartig: 38 Arbeitsämter müssen aufgebaut werden, 161 Nebenstellen. Die Gebäude dafür - da es sich in Zukunft wirklich um Zentren des öffentlichen Lebens handeln wird (leider) - müssen repräsentativ sein. Wir haben uns um Gebäude bemüht, die den kommenden Ansprüchen tatsächlich standhalten können. Wir haben, da die Sache drängt - Sie wissen, wir haben jetzt etwa 100000 Arbeitslose, in unserer gemeinsamen Amtsperiode sind wir also von 35 000 auf 100 000 aufgestiegen, es ist also ein Problem, das alle berührt -, uns mehrfach im Ministerrat über dieses Thema unterhalten, wir haben hart diskutiert. Unter Bemühung und Mitarbeit aller Ministerien ist es uns gelungen, nunmehr Komplexe zu haben, bis auf 5, die den Anforderungen genügen. Die fehlenden müssen wir schnellstens noch bekommen.

Zur Mitarbeitersituation: Wir haben derzeit ca. 6 000 eingestellt, brauchen in den nächsten 3 Wochen noch ca. 4 000 dazu. Sie können sich vorstellen, was das bedeutet.

Dann kommen von der Basis, auch hier aus dem Hause, Hinweise, daß die Direktoren- und Abteilungsleiterposten fehlbesetzt sind. Wir haben daraufhin diese Posten ausgeschrieben und sind jetzt, nachdem die Ausschreibung zu etwa 260 Bewerbungen geführt hat, dabei, schlagartig, wie alles, was bei uns jetzt passiert, die Auswahl vorzunehmen. Denn am 1.7. 90 tritt das Arbeitsförderungsgesetz in Kraft, und da müssen wir arbeitsfähig sein. Wir müssen die Leistungen, die dort vorgeschrieben sind, berechnen können. Wir müssen in völlig anderem Maße, als es derzeit der Fall ist, in der Lage sein, den Bedürfnissen - die von seiten der Arbeitslosen, und derer, die sich qualifizieren wollen, und der Betriebe (durch Kurzarbeitergeld u. ä.) - tatsächlich differenziert zu entsprechen.

Dazu ist es notwendig, daß wir in kürzester Zeit die Arbeitsämter, auch was die Leistungen anbelangt, funktionsfähig machen. Wir werden in dieser Woche die entsprechenden Bewerbungen sichten.

Die örtlichen Kommunen - und da kann ich auch jetzt noch um ihre Mithilfe bitten - die Kommunen, die demokratisch gewählten Vertretungen der Kommunen haben das Mitspracherecht bei der Besetzung dieser Posten. Es geht aber alles unter Zeitdruck vor sich, und es ist auch nicht möglich, alle Leitungsposten umzusetzen. Dann sind wir nicht arbeitsfähig. Auch hier muß ein Kompromiß gefunden werden. Wir versuchen, durch diese Ausschreibung der Leitungsfunktionen tatsächlich eine Form demokratischer Legitimierung für diese bedeutungsvollen Funktionen verwirklicht zu haben. Das zu den Direktorenposten.

Zur Ausrüstung: Die Bundesanstalt für Arbeit hat in großzügiger Art und Weise uns bei der Ausrüstung der Arbeitsämter Hilfe angeeignet lassen und noch weitere Hilfe zugesagt. Das ist im Laufen.

Wesentlich ist die Qualifizierung der Mitarbeiter. Ich sprach vom Arbeitsförderungsgesetz, von völlig neuen Bedingungen. Demzufolge müssen wir bis zum 1.7. noch 3 000 Mitarbeiter qualifizieren, auf den unterschiedlichen Ebenen, Direktoren, Abteilungsleiter und Mitarbeiter, damit sie mit diesem Gesetz umgehen können.

Darüber hinaus hat uns die Bundesanstalt für Arbeit personelle Unterstützung in jedem Arbeitsamt zugesagt. Mehrere versierte Mitarbeiter sind hier vor Ort tätig, um die Organisation, den Aufbau und Funktionstüchtigkeit zum 1.7. zu gewährleisten. Außerdem ist uns zugesagt worden zur allgemeinen Beruhigung, die doch dringend nötig ist in allen Bereichen, wie es so schön heißt: Die Leistung muß stehen, die Arbeitslosengelder müssen gezahlt werden, auch die sonstigen Formen, die möglich sind, die Entschädigung für Qualifizierung, für Kurzarbeitergeld, müssen gezahlt werden. Wenn das zum 1.7. in einigen Arbeitsämtern trotz allem nicht läuft, ist uns zugesagt worden von der Bundesanstalt für Arbeit, daß versierte Kollegen aus der Bundesrepublik vor Ort tätig sein werden, um hier Hilfestellung zu leisten. Wir versuchen also, jede kritische Situation zu verhindern, auch bei der finanziellen Absicherung der Bürger, die arbeitslos sind oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Dazu abschließend möchte ich sagen, daß wir meinen, bei der derzeitigen Situation auf dem Arbeitsmarkt auf Hilfe angewiesen zu sein, und zwar auf versierte Hilfe. Für den Aufbau der zentralen Arbeitsverwaltung steht uns ab dieser Woche Herbert Ehrenberg zur Verfügung, der unter der Schmidt-Regierung das Ministerium Arbeit und Sozialordnung geleitet hat, und der über große Erfahrung auf dem Gebiet aktive Arbeitsmarktpolitik verfügt. Kostenlos möchte ich gleich sagen. Alle Berater, die wir haben, gehen nicht auf unsere Kosten.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Er steht uns zur Verfügung für den Aufbau der Zentralen Arbeitsverwaltung, weil wir meinen, daß gerade diese Arbeitsämter von ausschlaggebender Bedeutung sind für die Bewältigung der auf uns zukommenden Probleme.

Darüber hinaus ist mir als persönlicher Gesprächspartner Herr Olaf Sund aus Nordrhein-Westfalen, der dortige Präsident des Landesarbeitsamtes, auch ein Experte auf dem Gebiet Arbeitsförderung, aktive Arbeitsmarktpolitik - darauf kommt es mir an - zur Verfügung gestellt worden.

Damit Sie merken, daß nicht nur auf diesem Gebiet die Aktivitäten laufen, möchte ich gern zum Thema „Konzept zur Arbeitsmarktpolitik“ von den Sofortmaßnahmen berichten, von denen wir erwarten, daß sie in den nächsten drei Wochen zum Tragen kommen. Es sind nur vier Punkte. Sie sind letzte Woche beschlossen worden. Wir haben die finanziellen Möglichkeiten geschaffen, daß wir vor der Einführung des Arbeitsförderungsgesetzes in der Lage sind, die Betriebe dadurch finanziell zu entlasten, daß wir Qualifizierung von unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedrohten Bürgern aus unseren Fonds ermöglichen. Bis jetzt haben wir nur die Möglichkeit, Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Nunmehr greifen wir durch eine Sofortlösung dem AFI vor: Ab sofort können Bürger, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, in den Betrieben qualifiziert werden, und werden vom Arbeitsamt bezahlt.

(Beifall bei der PDS)

Ich freue mich über den Applaus, es war so eine Unruhe, daß ich das noch einmal wiederholen möchte. Ich möchte auch gern, daß es vor Ort durch Sie noch weiter publiziert wird: Die Betriebe können jetzt Arbeitnehmer, die sie sonst entlassen würden, nunmehr in betriebliche Umschulungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen einbeziehen, und das wird vom Arbeitsamt finanziert. Die Arbeitnehmer, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, bekommen jetzt die entsprechenden Unterhaltskosten vom Arbeitsamt, in Höhe etwa des Arbeitslosengeldes, sie sind aber dann nicht arbeitslos. Und die Betriebe werden darüber hinaus dadurch noch finanziell entlastet, daß Maßnahmekosten, die bei dieser Qualifizierung entstehen, auch von den Arbeitsämtern finanziert werden.

Das ist - meine ich - für die nächsten Wochen ganz wesentlich, damit wir verhindern, daß zum 1. Juli noch mehr entlassen werden, als ohnehin schon nötig ist. Das ist das erste.

Das zweite: Uns fehlen Bildungsträger, um in breitem Maße für Tausende von Mitarbeitern eines Betriebes solche Qualifizie-